Investitionen für die Zukunft

In Verantwortung für zukünftige Generationen

Vorschläge zum Landeshaushalt 2012

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Impressum
Investitionen für die Zukunft
In Verantwortung für zukünftige Generationen
Vorschläge zum Landeshaushalt 2012

Verantwortlich
DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1 – 3
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611-350 60 90
Fax: 0611-350 60 91
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de

V.i.S.d.P.
Willi van Ooyen, MdL
Fraktionsvorsitzender

Redaktion
Stefan Würzbach, Jasmin Romfeld

Wiesbaden, Januar 2012

Inhaltsverzeichnis

Investitionen für die Zukunft In Verantwortung für zukünftige Generationen	4
Bewertung des Landeshaushaltes 2012	6
Soziales – Arbeit	11
Bildung – Wissenschaft – Kunst	13
Wirtschaft – Verkehr	18
Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz – nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume	20
Innenpolitik – Öffentlicher Dienst – Recht – Integration	23
Im Überblick	28 – 30
Bildnachweis	31
Impressum	2

Investitionen für die Zukunft
In Verantwortung für zukünftige Generationen

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit unseren Vorschlägen zum Landeshaushalt 2012 wollen wir aufzeigen, dass durch eine gerechte Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum von oben nach unten ein sozial gerechteres Hessen möglich ist. Damit legen wir einen Gegenentwurf zu schwarz-gelber Schuldenbremsenpolitik vor, für die Kürzen und Streichen bei Bildung, Soziales und Umwelt die Mittel sind, den Haushalt zu konsolidieren.
Wir wollen stattdessen genau dort verstärkt investieren, also in den Bereichen, bei denen die Landesregierung regelmäßig den Rotstift ansetzt. Diese Ausgaben finanzieren wir durch eine sozial gerechte Besteuerung, die endlich auch große Vermögen in die Pflicht nimmt. Mit Einnahmeverbesserung (u.a. Wiedererhebung einer Vermögensteuer, die Einführung einer Großerbensteuer) wollen wir über 2,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen – das ist für uns die Grundvoraussetzung solider Haushaltspolitik. Denn es sind vor allem die Einnahmen des Landes, die nicht ausreichen, um notwendige Ausgaben zu finanzieren.

Durch unsere Vorschläge würden wir die Netto-Neuverschuldung um insgesamt 350 Millionen Euro senken. Investitionen in die Energiewende und in eine Schule für alle sind ein Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und verantwortungsvoller Haushaltspolitik.
Nach wie vor sehen wir, dass die Landesregierung nicht bereit ist, in den Kommunen für eine angemessene Finanzausstattung zu sorgen. Stattdessen soll erst im Jahr 2012 ein sogenannter Rettungsfonds geschaffen werden, der Kommunen, die de facto bankrott sind, Auflagen erteilt und Almosen anbietet. Wir fordern stattdessen, den Kommunen dauerhaft mehr Geld zur Verfügung zu stellen, um ihren Herausforderungen bei Energiewende und Bildungspolitik gerecht zu werden.
Auch im nächsten Jahr leistet sich die Landesregierung Prestigeprojekte und subventioniert exklusive Bildung für Reiche, während öffentliche Einrichtungen für alle

Hermann Schaus Willi van Ooyen Marjana Schott Dr. Ulrich Wilken
Janine Wissler Barbara Cárdenas

unterfinanziert bleiben. So hat der Finanzminister angekündigt, den Flughafen Kassel-Calden zu jedem Preis zu bauen, auch wenn es dafür gar keinen Bedarf gibt. Die private Elitehochschule European Business School (EBS) in Wiesbaden wird auch weiterhin mit Steuergeld gefördert. Öffentliche Hochschulen bleiben hingegen weiter unterfinanziert und im aktuellen Studierendenansturm alleingelassen. Auch den öffentlichen Verkehrsverbünden werden Mittel gestrichen.
Mit der Konsolidierung von Haushalten hat diese Politik nichts zu tun und dennoch wird nun mit der sogenannten Schuldenbremse jede Kürzung und jeder Missstand begründet. So auch Kürzungen bei der dringend auszubauenden Lehrerausbildung oder bei der Schwangerenkonfliktberatung. Überall ist die Schuldenbremse das Argument für Kürzungen.
Schuldenbremse heißt Sozialabbau! Wir fordern deshalb die Umverteilung des Reichtums, damit es in unserem Land sozial gerechter wird. Dafür braucht Hessen höhere Einnahmen durch eine gerechte und solidarische Steuerpolitik, die auf Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit als tragenden Säulen beruht.

Barbara Cárdenas, Hermann Schaus, Marjana Schott,
Dr. Ulrich Wilken, Janine Wissler, Willi van Ooyen

Bewertung des Landeshaushaltes 2012

Schuldenbremse heißt Sozialabbau

Mit der Festschreibung der Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung sieht die Landesregierung sich veranlasst, die Ausgaben des Landes deutlich zu begrenzen auf das, was aus ihrer Sicht ‚notwendig' erscheint. So kommt es, dass der Finanzminister in Hessen zwar mit deutlich höheren Einnahmen rechnet als noch im Haushaltsplan 2011. Dennoch wird 2012 wieder im sozialen Bereich und bei der Bildung gekürzt, während für andere vermeintlich wichtige Prestigeprojekte weiterhin und immer mehr Geld zur Verfügung stehen soll.

Beispielsweise gilt die Schuldenbremse für Kassel-Calden und die European Business School nicht: Während Kassel-Calden sogar zu jedem Preis gebaut werden soll, und bei der EBS öffentliches Geld auch dann fließt, wenn private Geldgeber sich schon zurück ziehen, wird im sozialen Bereich brutal gekürzt. Die Schwangerenkonfliktberatung etwa muss ab 2012 mit weniger Geld auskommen, womit die Hilfe für Frauen in schweren Konfliktlagen bald nicht mehr gesichert werden kann. Hier gilt: Schuldenbremse heißt Sozialabbau - sonst nichts.

Auch bei der Bildung wird gekürzt

Auch bei der Zukunft nachfolgender Generationen wird im Haushalt 2012 gekürzt. Besonders frappierend ist hier die Planung der Landesregierung, bei der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern Mittel zu streichen. Die Kultusministerin behauptet zwar hartnäckig, dass es dort zu keiner Kürzung kommen würde. Fakt ist aber, dass im Jahr 2012 weniger Referendare eingestellt werden als dies noch im Haushalt 2011 vorgesehen war. Der Trick der Ministerin besteht darin, dass sie bereits 2011 weniger Referendare und Referendarinnen eingestellt hat als eigentlich vorgesehen. Die zahlreichen Bewerberinnen und Bewerber, die keinen Platz bekommen haben, sind die ersten Leidtragenden – Kinder, die auch in Zukunft nicht in angemessen kleinen Klassen lernen können, die nächsten.

Ergebnisse des Energiegipfels? Im Haushalt Fehlanzeige

Selbst die dank CDU und FDP mageren Ergebnisse des Hessischen Energiegipfels bleiben im Landeshaushalt ohne positive Folgen. Ganz im Gegenteil: während die Landesregierung Hessen als Land der Elektromobilität beschwört, werden beim umweltfreundlichen öffentlichen Nahverkehr 20 Millionen Euro gekürzt. Beim Straßenbau wird hingegen mehr Geld ausgegeben werden. Offensichtlich haben CDU und FDP nicht verstanden, dass zu einer umweltfreundlichen Verkehrspolitik vor allem ein ordentlich ausgestatteter ÖPNV gehört.

Auch der von der Landesregierung aufgelegte Zukunftsfonds erweist sich bei nähe-

rem Hinsehen als Luftnummer: Hier sollen ‚Zukunftsinvestitionen' durch Verkäufe von Landeseigentum finanziert werden. Dabei steht noch nicht einmal fest, ob die geplanten Verkaufserlöse überhaupt erzielt werden können. Ganz davon abgesehen, dass Veräußerungen keine nachhaltige Finanzierungsquelle sind – man kann „Tafelsilber" nur einmal verkaufen.

Magerstaat statt handlungsfähiges Hessen

Insgesamt setzen CDU und FDP mit dem Landeshaushalt einen ideologischen Kurs fort, dessen bisheriger Höhepunkt die Schuldenbremse war. Es geht einzig darum, Ausgaben zu kürzen und Steuern weiter zu senken. Die Handlungsunfähigkeit von Kommunen, Verwaltungen und öffentlichem Dienst wird dabei in Kauf genommen. Wer Hessen so regiert, macht eine Politik gegen die Mehrheit der Menschen, die auf einen Staat angewiesen sind, der öffentliche Leistungen für alle garantiert und dies durch Umverteilung von Oben nach Unten finanziert.

Investitionen für die Zukunft in Verantwortung für zukünftige Generationen

Die Fraktion DIE LINKE macht zur schwarz-gelben Politik des Magerstaats konkrete Gegenentwürfe, von denen wir uns auch in der Zukunft leiten lassen werden. Wir wollen eine Haushaltspolitik, die auf sozialen Ausgleich, Investitionen in Bildung und ökologisch nachhaltige Infrastruktur ausgerichtet ist. Dafür brauchen wir deutlich höhere Einnahmen, vor allem aus der Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften.
Diese wollen vor allem wir einsetzen für:

Bildung . . . . . 678.968.800 Euro
Soziales . . . . . 368.968.800 Euro
Energiewende . . . . . 234.955.500 Euro
Bedarfsgerechte Finanzierung von öffentlichem Dienst
und öffentlicher Infrastruktur . . . . . 310.641.900 Euro

Trotz dieser erheblichen Mehrausgaben von über 2,2 Milliarden Euro erreichen wir durch sozial gerechte Mehreinnahmen und Einsparung von Prestigeprojekten, dass die **Netto-Neuverschuldung um über 347 Millionen Euro reduziert** werden kann.

Paradigmenwechsel hin zu progressiver, emanzipatorischer und inklusiver Bildungspolitik

Für eine Bildungspolitik, wie sie DIE LINKE will, braucht Hessen deutlich mehr Mittel. Vor allem im Bereich der Schulen ist hier die Aufstockung des Personals notwendig. Während die Kultusministerin bei der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sparen will, fordern wir hier 7.500 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer. Da dieser tatsächliche Bedarf nicht durch die Zahl der Absolventinnen und Absolventen zu decken ist, sollen die Mittel auch für die Lehrerausbildung genutzt werden.
Auch im Bereich der KITAs braucht Hessen eine Qualitätsoffensive, um hier dem Ziel einer auskömmlichen Kinderbetreuung näher zu kommen. Dafür ist Personal notwendig, das auch vom Land finanziert wird.
Darüber hinaus sind die Kürzungen an den Hochschulen zurück zu nehmen. Der Hochschulpakt, den die Landesregierung 2010 formuliert hat, stellt den Hochschulen in Hessen keine ausreichenden Mittel zur Verfügung, erst recht nicht angesichts doppelter Abiturjahrgänge und des Wegfalls der Wehrpflicht.

Soziales

DIE LINKE fordert weiterhin die Rücknahme der unsozialen Kürzungen der Ära Koch-Bouffier - sei es die ‚Operation Düstere Zukunft' oder die aktuelle Kürzung bei der Schwangerschaftskonfliktberatung. Aber auch Langzeitarbeitslosen wollen wir mit einem öffentlichen Beschäftigungsprogramm wieder eine Perspektive geben.
Im Bereich der Altenpflege fordert DIE LINKE, die Zahl der Ausbildungsplätze an Altenpflegeschulen umgehend um 500 zusätzliche Plätze zu ergänzen. Die Landesregierung muss außerdem für eine angemessene Finanzierung der Altenpflegeschulen sorgen. Deren Mittel dürfen nicht wie in 2011 reduziert, sondern müssen 2012 und in den Folgejahren deutlich erhöht werden.
Über das Lernen hinaus steht für DIE LINKE auch das Leben von Studierenden im Mittelpunkt. Wir fordern eine deutliche Verbesserung der Lage der Studierendenwerke in Hessen. Das Land hat sich in den letzten Jahren sukzessive aus der Finanzierung der Studierendenwerke, welche die soziale Absicherung der Studierenden sicherstellen sollen, zurückgezogen. Die Landeszuschüsse sanken von ca. 30 Prozent im Jahr 1990 auf inzwischen rund 15 Prozent. Zugleich explodieren die Kosten der Studierenden für bspw. studentischen Wohnraum, Semesterbeiträge und Essenspreise, was eine Verstärkung sozial-materieller Diskriminierung zur Folge hat.

Energiewende

Mit dem Atomausstieg, konkret der Abschaltung von Biblis sowie dem Hessischen Energiegipfel, simuliert Schwarz-Gelb im Bund und in Hessen eine Energiewende, die keine ist. Tatsächlich ist von einer Umorientierung in der Energiepolitik in Hessen nichts zu sehen. Wir fordern daher in unseren Haushaltsanträgen ein Landesprogramm zur Stärkung der Entwicklung erneuerbarer Energieträger und umweltfreundlicher Verfahrenstechniken aufzusetzen.

Öffentlicher Dienst und öffentliche Infrastruktur

Dass die Landesregierung an einer ordentlichen Finanzierung der Hessischen Kommunen nicht interessiert ist, hat sie bereits 2010 bewiesen und den Kommunen 344 Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich gestrichen. Die 344 Millionen Euro fehlen den Kommunen aber auch im Jahr 2012 - das wollen wir ändern. Für ein funktionierendes Gemeinwesen ist die Lage der Kommunen entscheidend, da sich an diesen Orten entscheidet, wie lebenswert Hessen ist.
DIE LINKE will eine Stärkung der öffentlichen Hand. Dazu gehört für uns auch ein öffentlicher Dienst, in dem Arbeitsbedingungen gute Dienstleistungen überhaupt zu ermöglichen. Als einen Schritt in diese Richtung fordern wir daher die Rückkehr zur 40 Stunden Woche im Öffentlichen Dienst. Damit Beamtinnen und Beamten gegenüber Angestellten nicht benachteiligt werden, wäre es aus unserer Sicht zudem erforderlich, den Tarifabschluss der Angestellten eins zu eins zu übernehmen.

Finanzierung

Unsere Forderungen sind konkret und finanzierbar. Die meisten Einnahmen kommen dabei aus einer moderaten Vermögensteuer sowie einer angemessenen Mehrbesteuerung großer Erbschaften. Auch wenn das Land selbst keine Vermögensteuer einführen kann, so ist dennoch festzuhalten, dass es in Zukunft ohne eine deutlich höhere Belastung von großen Vermögen weder möglich sein wird, die Netto-Neuverschuldung nachhaltig zu senken, noch notwendige Investitionen zu tätigen
Neben den Maßnahmen, die auf Bundesebene zu entscheiden sind, hat das Land aber auch eigene Möglichkeiten seine Einnahmen zu verbessern. DIE LINKE setzt sich für eine Gewässerschutzabgabe, die Erhöhung der Grunderwerbsteuer sowie die deutliche Verbesserung des Steuervollzugs durch mehr Betriebsprüfer und Steuerfahnder ein.

Investitionen in die Zukunft

Mehreinnahmen: . . . . . ***2.540.779.700 Euro***

Mehrausgaben: . . . . . ***2.269.109.500 Euro***

Darunter:

Bildung . . . . . 678.968.800 Euro

Soziales . . . . . 368.968.800 Euro

Energie und Umwelt . . . . . 234.955.500 Euro

Öffentlich vor Privat . . . . . 310.641.900 Euro

Einsparungen: . . . . . ***76.7324.600 Euro***

Ergebnis: . . . . . **+347.994.800 Euro**

Soziales – Arbeit

Gegen soziale Kälte – Sozialetat aufstocken **+40 Mio. Euro**

Seit 2004 wurden durch die Kürzungen der CDU-»Operation Sichere Zukunft« die Mittel für mehr als 100 Sozial-, Beratungs- und Kulturprojekte deutlich gekürzt. Die verbleibenden Mittel wurden zudem seit vielen Jahren nicht erhöht. Das bedeutet bei steigenden Kosten eine reale kontinuierliche Kürzung.
Wir stellen uns dieser sozialen und kulturellen Verödung entgegen. Beratungsstellen, Seniorentreffs, soziokulturelle Zentren etc. werden auch weiterhin dringend gebraucht.

Soziale Teilhabe sichern – HessenCard einführen **+80 Mio. Euro**

Die Fähigkeit zur Mobilität ist eine Voraussetzung für die Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Die Kosten der jeweiligen Monatstickets des ÖPNV sollen für Menschen mit niedrigem Einkommen auf 15 Euro im Monat reduziert werden.
Die HessenCard soll zukünftig weiterentwickelt werden, sodass auch Sozialrabatte der kommunalen Einrichtungen (Bibliotheken, Bäder etc.) sowie Kultureinrichtungen (Kinos, Theater etc.) mit der HessenCard genutzt werden können. Wir wollen auch Vereine und Unternehmen dazu gewinnen, sich an solchen Sozialermäßigungen zu beteiligen.

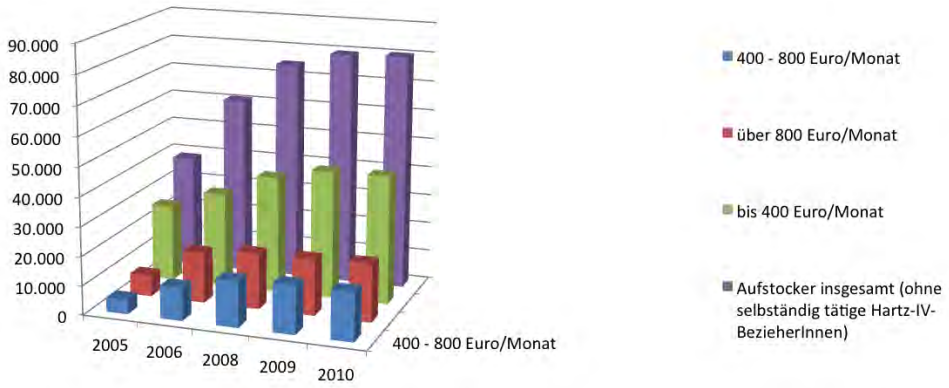


Abb. 1 Erwerbstätige Hartz IV-Bezieherinnen und Bezieher in den Jahren 2005 bis 2010

Soziale und regionale Beschäftigung finanzieren **+108 Mio. Euro**

Weder Hartz-IV, Ein-Euro-Jobs noch Bürgerarbeit haben zu mehr Beschäftigung ge-

führt, sondern zu schlechteren Vermittlungsquoten und zur Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse.
Mit einer Anschubfinanzierung sollen zunächst bis zu 10.000 Stellen eingerichtet werden. Diese Stellen sind mit mindestens 10 Euro Stundenlohn zu entlohnen. Sie müssen Existenz sichernd sein. Schwerpunkt sollen insbesondere soziale und kulturelle Projekte sowie die strukturschwachen und von starker Abwanderung junger Bevölkerungsgruppen betroffenen Regionen sein. Ohne politisches Eingreifen werden diese Gegenden in den nächsten Jahren vor massiven sozialstrukturellen Problemen stehen.

Gewalt gegen Kinder und Jugendliche aufklären und verhindern **+1 Mio. Euro**

Um den Aufgaben der Aufklärung, Prävention und der Betreuung von Opfern sexueller Gewalt besser als bisher gerecht werden zu können, reicht die vorgesehene Erhöhung der Mittel nicht aus. Es sollen daher insgesamt 15 neue Stellen im Bereich der Jugendhilfe sowie die notwendige Infrastruktur geschaffen werden.

Der Spaltung zwischen arm und reich entgegentreten – Ausweitung des Programms „Soziale Stadt“ **+2,6 Mio. Euro**

Das Auseinanderdriften von Arm und Reich schlägt sich auch in Form räumlicher Trennung nieder: Reichenviertel dort, sogenannte soziale Brennpunkte hier.
Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ sollte dem entgegenwirken – durch Maßnahmen, die das Wohnumfeld verbessern, Maßnahmen der Integration und der lokalen Kinder- und Jugendhilfe. Aber der Bundesanteil wurde von Schwarz-Gelb Ende 2010 zusammengestrichen – trotz Mahnungen des Deutschen Städtetages. Betroffen sind auch die benachteiligten Viertel der hessischen Städte und Gemeinden.
Wir fordern, das Programm zu verstetigen und auszuweiten. Hierbei sind auch dauerhafte Stellen zu schaffen. Ein Schwerpunkt muss dabei auf der nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten liegen.

Bedingungen in der Altenpflege grundlegend verbessern – Altenpflegeausbildung auf bedarfsorientiertem Niveau sichern **+2 Mio. Euro**

Die Pflege älterer Menschen stellt aktuell und zukünftig eine der großen sozialen Herausforderungen dar. Zu ihrer Bewältigung müssen bundesweit deutlich mehr Altenpfleger_innen ausgebildet werden. Um den zukünftigen Bedarf in Hessen zu decken, muss die Landesregierung zum einen die Anzahl der zu finanzierenden Ausbildungsplätze um 500 erhöhen. Zum anderen muss das Schulgeld pro Platz auf eine bedarfsgerechte Höhe angehoben werden.

Entschädigung ehemaliger Heimkinder **+1,2 Mio. Euro**

Laut Vereinbarung zwischen Bund und westlichen Ländern muss Hessen 3 Millionen Euro in einen Fond zur Entschädigung missbrauchter oder misshandelter ehemaliger Heimkinder einzahlen. Die Landesregierung will davon 1,2 Millionen Euro den Kommunen aufbürden. DIE LINKE fordert dagegen, die Kommunen nicht noch mehr zu belasten und auch diesen Betrag aus Landesmitteln zu finanzieren.

Verantwortungsvolle Familienpolitik realisieren - Schwangerschaftsberatung bedarfsgerecht finanzieren **+1,8 Mio. Euro**

In der Frühphase der Schwangerschaft sind viele Eltern auf intensive und umfassende Beratung angewiesen, um eine verantwortungsvolle Entscheidung treffen zu können. Aber die Hessische Landesregierung hat 2011 bei der Novellierung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes den Beratungsstellen die Mittel gekürzt. DIE LINKE fordert, die Beratungsstellen auf dem bisherigen Niveau weiter zu fördern.

Gehörlosengeld einführen – Gleichbehandlung ermöglichen **+1,4 Mio. Euro**

Wir wollen gehörlose Menschen durch ein Gehörlosengeld unterstützen. Analog zum Blindengeld gibt es dies bereits in verschiedenen anderen Bundesländern und unterstützt die betroffenen Menschen dabei, Mehrausgaben auszugleichen, die durch die Gehörlosigkeit entstehen.

Bildung – Wissenschaft – Kunst

„Qualitätsoffensive Bildung“: Für kleinere Klassen, Inklusion an Schulen, tatsächliche Unterrichtsabdeckung, bessere Arbeitsbedingungen und Ganztagsschulen **+439 Mio. Euro**

Wir wollen eine Schullandschaft, die frei von Diskriminierung ist und in der niemand ausgeschlossen wird. Wir wollen eine Bildungspolitik, die sich nicht am Mittelvorbehalt orientiert, sondern bedarfsgerecht agiert.
Nach wie vor sind dafür perspektivisch weit über 10.000 zusätzliche Lehrerstellen an Schulen notwendig. In einem ersten Schritt fordern wir die Schaffung von **6500** Lehrerstellen:

- Zur Umwandlung möglichst vieler Schulen zu ganztägig arbeitenden Schulen, die ihren Schultag rhythmisieren wollen, sind sofort **2500** zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einzustellen.

- Um überhaupt die Abdeckung der Stundentafel sicherzustellen, muss endlich eine volle 100-Prozent-Zuweisung an die Schulen erfolgen. Bisher werden die-

sen durch Rechentricks jedoch noch unter 100 Prozent des Bedarfs zu- und diese dann als 100 Prozent ausgewiesen. Für eine wirkliche 100-Prozent-Versorgung sind de facto **2.000 zusätzliche Stellen** notwendig.

- Die Klassengrößen lassen eine individuelle Förderung und Beschulung von Kindern und Jugendlichen nicht und gute Pädagogik nur schwer zu. Deshalb sollen mittelfristig alle Klassen um 20 Prozent verkleinert werden. Notwendig hierfür sind **1.000 zusätzliche Stellen.**

- Nicht zuletzt müssen wegen der deutlichen Zunahme vielfältiger Zusatzaufgaben, mit denen Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleitungen in den letzten Jahren konfrontiert wurden, die so genannten Schuldeputate deutlich verbessert werden. Hiermit könnte den besonders hoch belasteten Lehrkräften durch Beschluss der Gesamtkonferenz wenigstens teilweise ein zeitlicher Ausgleich gewährt werden. Für die dringend erforderliche Realisierung dieser Maßnahme ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf von **1.000 Stellen.**

- Sollten die vorgesehenen Stellen nicht zu besetzen sein, sind die hierfür vorgesehenen Mittel solange für Maßnahmen der Weiterqualifizierung ausgebildeter Lehrerinnen und Lehrer sowie Ausbildung neuer Lehrerinnen und Lehrer auszugeben, bis das gewünschte Personal vorhanden ist. Dem immer größer werdenden **Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal** wird so endlich wirklich begegnet!

- Als nächster Schritt ist nach Abschluss der Einstellungen der schrittweise Ausbau einer zehnprozentigen Vertretungsreserve angedacht, die bei Bedarf auch neue Aufgaben im Bereich inklusiver Beschulung übernehmen soll. Hierfür wären etwa **5.500 Stellen** notwendig.

„Qualitätsoffensive Kinderbetreuung“: bessere Erzieher_innen-Kind-Relation und kleinere Gruppen in KiTas und Kinderkrippen **+170 Mio. Euro**

Bildung und Erziehung in den Kindertagesstätten und –krippen sind der Grundstein für die Zukunft unserer Kinder. Daher sind mittelfristig sowohl eine Verbesserung der Erzieher_innen-Kind-Relation als auch eine generelle Verkleinerung aller bisherigen Gruppengrößen notwendig.
Unser Ziel ist die Betreuung einer KiTa-Gruppe mit jeweils höchstens 20 Kindern von zwei qualifizierten Kräften.

Qualitativ hochwertige Schüler_innenbeförderung für alle **+30 Mio. Euro**

Um die tatsächliche Übernahme aller Schüler_innenfahrtkosten zu erreichen, wer-

den in einem ersten Schritt sofort 30 Mio. Euro zur Verfügung gestellt als abrufbare Sofortmaßnahme für entsprechende Programme für Kommunen. Darunter fällt auch die Vorfinanzierung von Fahrkarten für Kinder.

Sofortprogramm für ein Unterrichtsfach „Deutsch als Zweitsprache“ **+25 Mio. Euro**

Zur verstärkten Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund fordern wir ein Programm zur Stärkung von „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) und die Schaffung von 500 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer.

Bessere Prävention und Integration durch Ausbau von Schulsozialarbeit und Schulpsychologischem Dienst an Schulen **+21,5 Mio. Euro**

Der notwendige Ausbau von ganztätig arbeitenden Schulen, die Anforderungen von Inklusion und die schwierigen Entwicklungen an manchen Schulen machen den Einsatz zusätzlichen Fachpersonals dringend erforderlich. Wir fordern je 250 zusätzliche Schulsozialarbeiter_innen und 250 Schulpsycholog_innen.

Programm „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) ausbauen **+1,6 Mio. Euro**

Wir fordern einen Ausbau des Projekts „Jedem Kind ein Instrument“, um noch mehr Schulen die Möglichkeit zu geben, sich an diesem Projekt zu beteiligen.

Versteckte Gebühren abschaffen –
Lernmittelfreiheit sicherstellen **+12 Mio. Euro**

An vielen hessischen Schulen wird zum Beispiel eine „Kopierpauschale“ für notwendige Unterrichtsmaterialien erhoben. Wir fordern die wirkliche Herstellung der Lehr- und Lernmittelfreiheit.

Lehrerausbildung:
An der Ausbildung darf nicht gekürzt werden **+30 Mio. Euro**

Über 1700 Lehramtsstudierende warten in Hessen auf einen Ausbildungsplatz an einem Studienseminar. Trotzdem sind in den letzten zwei Jahren laut Ressortberichten von 5350 zur Verfügung stehenden Plätzen nur durchschnittlich 4850 Plätze besetzt worden. Und diese durchschnittlich 4850 Plätze sollen nun Grundlage für die neue Haushaltsplanung sein, ungeachtet dessen, dass der Bedarf nach Plätzen in hoher Zahl bestand und besteht, die Besetzung aber nicht erfolgt ist. Daher fordern wir den Beibehalt der 5350 LiV-Plätze sowie aller Ausbilder und Ausbilderinnen an den Studienseminaren und die tatsächliche Besetzung dieser Stellen.

Inklusion: Einrichtung von Beratungs- und Koordinationsstellen der LAG Hessen Gemeinsam Leben! **+1,2 Mio. Euro**

Es sollen wohnortnahe und von staatlichen Schulämtern unabhängige, kompetente Anlaufstellen v.a. für Eltern von Kindern mit Behinderung eingerichtet werden, die in allen Fragen der vorschulischen und schulischen Integration und Inklusion fachkundig und fallbezogen beraten. Die Beratung soll für Eltern kostenlos sein und sich an den Wünschen und Zielen der Eltern orientieren.
Auch Fachpersonen aus Schulen sowie Frühförderstellen, Kindergärten, Kindertagesstätten etc. sollen die Beratung wahrnehmen können. Auf Wunsch sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch als Referentinnen und Referenten für regionale Veranstaltungen angefragt werden können.

Hochschulknebelpakt rückgängig machen **+10 Mio. Euro**

In Zeiten massiven Studienplatzmangels und gleichzeitig steigenden Studierendenzahlen kürzt die Landesregierung den staatlichen Hochschulen die Mittel. Diese Kürzungen führen unter anderem zu gravierenden Verschlechterungen der Ausbildungsqualität und zu Personalabbau. Wir lehnen sie deshalb ab. Jetzt von der Regierungskoalition versprochene Ausgabenerhöhungen machen die Kürzungen nicht wett. Sie können allenfalls zusätzliche Mittel darstellen. Wir fordern diese Kürzungen sowie das gesamte Kürzungspaket des vergangenen Jahres (insg. 285 Millionen Euro) zurück zu nehmen.

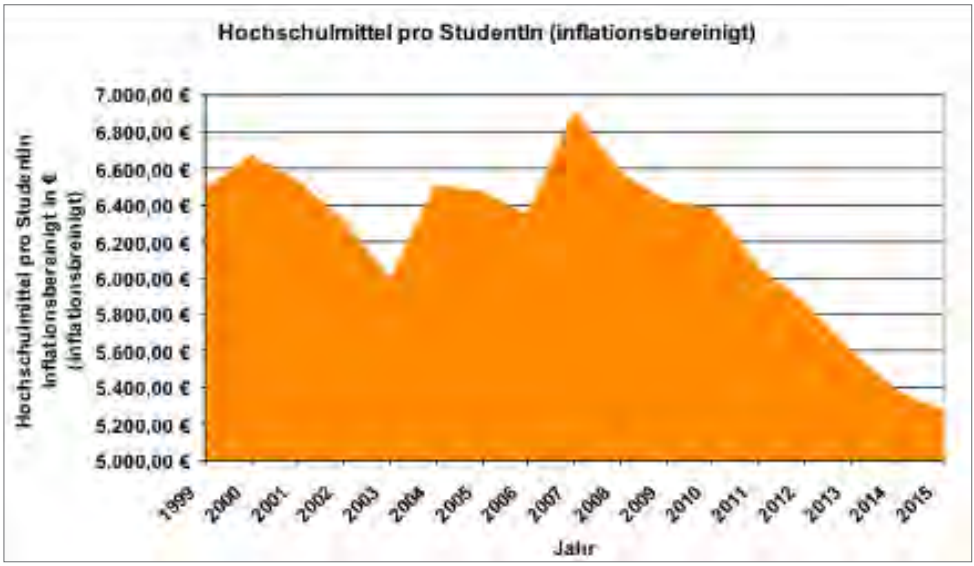


Abb. 3 Die zu erwartenden Folgen des Hessischen Hochschulpaktes 2010 – 2015

Sicherstellung der Arbeit der Studierendenwerke zur sozialen Absicherung der Studierenden **+10 Mio. Euro**

Das Land hat sich in den letzten Jahren sukzessive aus der Finanzierung der Studierendenwerke zurückgezogen. Um diesen eine ihren Aufgaben entsprechende Finanzierung zu ermöglichen, ist eine deutliche Erhöhung der Landeszuschüsse nötig.

Programm zur Renovierung und Sanierung von Studierendenwohnheimen **+150 Mio. Euro**

Viele studentische Wohnheime und andere Immobilien der hessischen Studierendenwerke sind marode und baufällig. Analog zum staatlichen Hochschulprogramm HEUREKA (Hochschul Entwicklungs- und Umbauprogramm: RundErneuerung, Konzentration und Ausbau von Forschung und Lehre in Hessen) fordern wir ein STEURESA (STudierendenwerks-Entwicklungs- und Umbauprogramm: REnovierung und SAnierung in Hessen) zur Sanierung der Studierendenwohnheime.

Bildung für alle statt Eliteschmieden für Privilegierte **–3,9 Mio. Euro**

Während öffentlichen Hochschulen in Hessen Mittel in Millionenhöhe gekürzt wurden, fördert das Land mit der European Business School (EBS) eine private Elitehochschule.

Die staatliche Subventionierung einer Hochschule, die privatwirtschaftlich organisiert ist und einen Semesterbeitrag von 12.000 Euro verlangt, lehnen wir ab.

Kultur darf nicht zum Privileg für Reiche werden – Kürzungen im Kulturetat rückgängig machen **+350.000 Euro**

Im Rahmen des Kürzungsprogramms „Operation Düstere Zukunft“ wurde im Kulturbereich, insbesondere bei der Künstlerförderung und den kleinen Theatern gekürzt. Das wollen wir rückgängig machen. Die zusätzlichen Mittel sollen zur regionalen Kulturförderung, zur Förderung von freien Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren verwendet werden.

Wirtschaft – Verkehr

Förderung der Ausbildungsverbünde erhalten **+1,5 Mio. Euro**

Viele Betriebe, die allein nicht die Möglichkeit haben auszubilden, schließen sich zu Ausbildungsverbünden zusammen und bieten so praxisnahe Ausbildungsplätze an. Die Landesregierung hat den Zuschuss an diese Verbünde im Haushalt 2012 weiter gekürzt und gefährdet so deren Bestand.

...und Altbewerberförderung erhalten **+9,6 Mio. Euro**

Die Mittel zur Förderung der Ausbildung von Jugendlichen, die seit längerem vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, müssen erhalten bleiben. Die Landesregierung hat ihnen wiederholt die Fördermittel gekürzt. Angesichts von fast 10.000 Fällen in Hessen darf es nicht sein, dass der Landeshaushalt ausgerechnet auf Kosten dieser jungen Menschen saniert werden soll.

Nachhaltig wirtschaften – Sozial-ökologisches Beschaffungswesen **+21 Mio. Euro**

Land und Gemeinden sind zusammen die größten Kunden der Privatwirtschaft. Sie können ihre Aufträge an die Einhaltung sozialer und ökologischer Produktionsstandards knüpfen, an die die beauftragten Unternehmen gebunden sind. Um die Einhaltung dieser Auflagen wirksam zu überwachen und Verstöße gegen arbeitsrechtliche, tarifliche oder Umweltstandards zu ahnden, muss das Land 200 Stellen neu schaffen.

ÖPNV-Förderung aufstocken **+50 Mio. Euro**

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb wollen wir die Förderung des Öffentlichen Personenverkehrs (ÖPNV) um 30 Millio-

nen Euro erhöhen und die Kürzung der Mittel, 20 Millionen Euro, für den ÖPNV im Kommunalen Finanzausgleich zurücknehmen.

Beweglich bleiben – Fahrradverkehr fördern **+500.000 Euro**

Hessen verfügt über ein gutes Radwegenetz. Um dessen Nutzung zu fördern und gerade den innerstädtischen Verkehr aufs Rad umzulenken, schlagen wir eine Werbekampagne für die Nutzung von Fahrrädern und Radwegen vor. Außerdem wollen wir Anbieter von Radfahrkursen fördern.

Unsinnige Leuchtturmprojekte stoppen – Schluss mit Kassel-Calden **–48,9 Mio. Euro**

Die Landesregierung setzt in der Verkehrspolitik weiter auf Auto und Flugzeug, die teuersten und umweltschädlichsten Verkehrsmittel. Der Flughafen Kassel-Calden droht, ein Millionengrab für Steuergelder zu werden.

Keine Investitionen in Umweltverschmutzung, Klimawandel und Lärmbelastung **-500.000 Euro**

Die Förderung des sogenannten House of Logistics and Mobility lehnen wir ab. Die Ziele des Europäischen Luftfahrtkompetenzzentrums ECAD, das dort angesiedelt ist, wie des so genannten Automobilwissenschaftlichen Zentrums AIM dienen der Forschung im Dienste von Luft- und Straßenverkehrsunternehmen und fördern so die beiden umweltschädlichsten und teuersten Verkehrsarten.

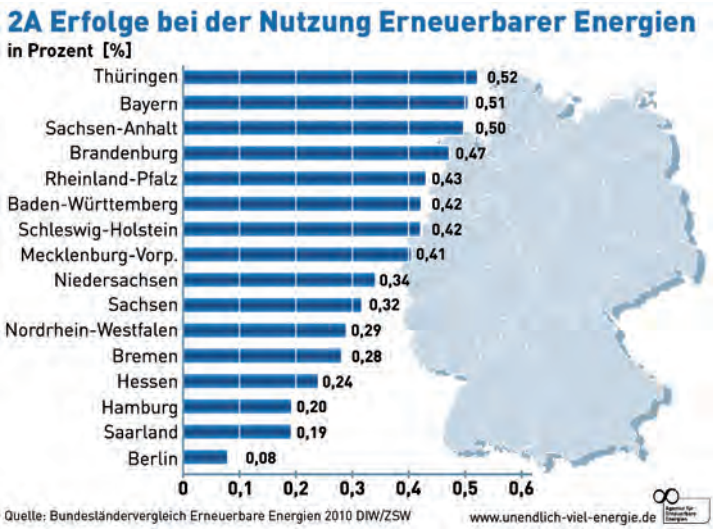
Entwicklungszusammenarbeit stärken **+260.000 Euro**

Zahlreiche Gruppen und Organisationen in Hessen setzen sich für die Entwicklungszusammenarbeit ein. Hier geht es um soziale und ökologische Anliegen, von denen Menschen auch hier in Hessen unmittelbar betroffen sind. Die Ministerprä-

sidenten aller Bundesländer haben sich verpflichtet, ihre Anstrengungen in diesem Bereich auszuweiten. Dennoch befindet sich die Förderung des Landes mit 260.000 Euro auf einem absoluten Tiefstand. Wir fordern eine Verdopplung der Mittel für die internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz – nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume

Jahrzehntelange Misswirtschaft, falsche Weichenstellungen bei der Energieversorgung, der Landwirtschaft und im Umweltschutz lassen sich über keine auch noch so gute Haushaltspolitik korrigieren. Daher können unsere Anträge auch nur exemplarisch zeigen, wo DIE LINKE Schwerpunkte setzt.



Klima- und Ressourcenschutz sind untrennbar miteinander verbunden

+30 Mio. Euro

Die weltweit drohenden Gefahren durch den Klimawandel stellen auch die Menschen in Hessen vor große Herausforderungen. Die Energieversorgung darf nicht wenigen Großkonzernen überlassen werden, denen es nur um Profite aber nicht um den Klimaschutz geht. Die Wertschöpfung v.a. aus der Windenergie muss den Kommunen und den Menschen vor Ort zugutekommen Wir wollen ein Landesprogramm zur Stärkung der Kommunen als Hauptträger der Energiewende und des Kli-

maschutzes in Hessen.
Die Gegenfinanzierung erfolgt aus einer Grundwasserabgabe (ca. 85 Millionen Euro). Hieraus soll auch die wichtige Arbeit der Wasser- und Bodenverbände unterstützt werden.

Energie umwandeln – Klärwerke zu Biomassekraftwerken **+46 Mio. Euro**

Die 725 kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen in Hessen sind für ca. 20% des Stromverbrauchs aller kommunalen Einrichtungen verantwortlich. Aus den Klärschlämmen und weiteren organischen Abfällen kann Biogas erzeugt werden, aus dem in Kraftwärmekopplung Strom und Wärme hergestellt wird. Wir wollen die energetische Optimierung der kommunalen Klärwerke in Hessen in den kommenden fünf Jahren mit 46 Millionen Euro anschieben.

Umwelt und Ressourcen schützen – neue Arbeitsplätze schaffen – Integrierte Entwicklung der ländlichen Räume **+12 Mio. Euro**

Den ländlichen Räumen kommt in Verbindung mit Forst- und Landwirtschaft eine große Bedeutung für den Schutz unser natürlichen Lebengrundlagen sowie zur Erholung zu. Gleichzeitig mangelt es an einer Infrastruktur, die die Einkommensbedingungen und die Lebensqualität der Menschen fördert. Für 2012 planen wir eine Anschubfinanzierung von 10 Millionen Euro in Infrastrukturmaßnahmen und eine ökologisch nachhaltigen Flächennutzung.
Zuschüsse – auch EU-Agrarsubventionen – darf es nur für Projekte geben, die soziale und ökologische Verbesserungen erbringen.
Die Investitionen müssen in den nächsten Jahren mit größeren Beträgen weitergeführt werden. Gefördert werden sollen insbesondere ökologischer Landbau, standortangepasste Grünlandextensivierung, Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen in den Kommunen und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Naturpark Reinhardswald schaffen **+6 Mio. Euro**

Unsere Forderung bleibt bestehen. Der Reinhardswald ist das größte geschlossene Waldgebiet Hessens. Mit seiner bemerkenswerten Kultur- wie Siedlungsgeschichte, den eindrucksvollen Flusslandschaften an Diemel und Weser, dem spektakulären Kalk-Magerrasen entlang der Diemel und den bundesweit einmaligen historischen Hutewäldern, dem „Urwald Sababurg“ sowie zahlreichen Naturschutz- und FFH-Gebieten muss er zum Naturpark werden. Darüber hinaus ist die Errichtung eines Naturparks zur Förderung eines sanften, ökologisch angepassten Tourismus für die Region von wirtschaftlich großer Bedeutung.

Mehr Beschäftigung in der Forstwirtschaft und Umweltbildung **+7 Mio. Euro**

Nach den Kürzungen durch die Landesregierung in den letzen Jahren müssen für die Arbeiten im Forst 200 neue Waldarbeiter und 100 Auszubildende eingestellt werden. Zusätzlich müssen jeder Revierförsterei mindestens ein/e Forstwirtschaftler_in zugeordnet werden. Der Personalbedarf liegt bei 100 bis 150 Stellen. Nur so können sie den gesetzlich festgeschriebenen Bildungsaufgaben und einer, seitens der LINKEN unterstützten, Zertifizierung der hessischen Wälder nachkommen.

Verbraucherschutz ausweiten – Verbraucherrechte stärken **+1,9 Mio. Euro**

Immer mehr Menschen haben Beratungsbedarf bei der Auswahl und dem Wechsel von Telefon-, Strom- oder Gasanbietern, bei Internet- und Bankgeschäften, der Auswahl einer zusätzlichen Altersversorgung oder dem täglichen Einkauf von z.B. gentechnikfreien Nahrungsmitteln. 50 Cent pro Einwohner_in für die Beratungstätigkeiten, eine Erhöhung der Projekt- sowie Personalmittel sind für einen guten Verbraucherschutz mindestens notwendig.

Gesundheit schützen – Lärmschutz umfassend ausbauen **+10 Mio. Euro**

Die Lärmkartierungen und die Erarbeitung von Lärmaktionsplänen für Ballungsräume in den letzten Jahren haben nachdrücklich die Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung aufgezeigt. Lärmschutz, z.B. die Einhausung an der Autobahn 661 in

Frankfurt, im Rheintal oder der A 5, muss vom Land stärker finanziert werden. Zum Schutz der Bevölkerung vor Verkehrslärm müssen in den nächsten Jahren dreistellige Millionenbeträge aufgewendet werden.

Gesamtbelastungsstudie qualifizieren,
Gesundheitsstudie für Fluglärm **+845.0000 Euro**

Das Land kann seiner zentralen Aufsichtspflicht im Bereich der Umweltüberwachung nicht nachkommen. Zur Einschätzung der komplexen Umweltbelastungen für Menschen in Ballungsräumen und als Planungshilfe brauchen wir Langzeituntersuchungen mit Human- und Biomonitoring. Zusammen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Umweltverbänden soll ein solches Programm erarbeitet werden. Eine unabhängige Studie zur Gesundheitsgefährdung durch den Fluglärm im Rhein-Main-Gebiet ist für die Planung der Gesundheitsversorgung und Vorsorge unabdingbar.

Innenpolitik – Öffentlicher Dienst – Recht – Integration

Privatisierungen stoppen – Wirtschaft demokratisieren! **-212.000 Euro**

Unter den Ministerpräsidenten Koch und Bouffier wurde Hessen zu einem Musterland der Privatisierung. Öffentliche Gebäude, Energieversorger, Krankenhäuser, Schulen und selbst Gefängnisse wurden verkauft oder teilprivatisiert. Diese Privatisierungen und Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) brachten nachweislich hohe Defizite für die Öffentliche Hand, Verschlechterungen für die Beschäftigten und einen Abbau demokratischer Mitbestimmungsrechte. Zudem fördert das Land Hessen dies auch noch mit Millionen an Steuergeldern - zum Nutzen Privater und zu Lasten der Allgemeinheit. Wir wollen diesen Prozess umkehren. Das so genannte „Kompetenzzentrum PPP“ des Landes Hessen soll zu einem „Kompetenzzentrum für Re-Kommunalisierung“ umgebaut werden.

Re-Kommunalisierung und Energiewende:
dezentral, nachhaltig, öffentlich, sozial **+212.000 Euro**

Auch eine Energiewende braucht die Unterstützung und Akzeptanz der Menschen und Kommunen, statt Entscheidungen aus fernen Konzernzentralen. Mensch und Umwelt können ja von einer nachhaltigen, dezentralen und sozial organisierten Energiewirtschaft, sowie den erwirtschafteten Gewinnen und Arbeitsplätzen in der Region profitieren. Das Land Hessen soll Kommunen mit dem „Kompetenzzentrum

für Re-Kommunalisierung“ deshalb qualifiziert beraten, um öffentliche Leistungen, wie die der Energieversorgung, wieder öffentlich zu organisieren.

Menschen und Kommunen bei Energiewende unterstützen: Die Energieberater **+2 Mio. Euro**

Es gibt verschiedenste Förderprogramme und technische Möglichkeiten zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Energieeinsparung. Doch obwohl sich in Privathaushalten, öffentlichen Gebäuden und in Betrieben sehr viel Energie und Geld einsparen ließe fehlt es vor Ort schlicht am Überblick und der Zeit hierfür. Wir wollen deshalb in jedem hessischen Kreis und in jeder kreisfreien Stadt eineN EnergiebeauftragteN einzusetzen, damit regionale Energie- und Klimaschutzpläne erarbeitet, Förderprogramme gebündelt und Privathaushalte, öffentliche Hand und Betriebe beraten werden.

Nein zum Überwachungsstaat – für eine freie Gesellschaft **-2,2 Mio. Euro**

Geheimdienste, die unkontrolliert die Bevölkerung bespitzeln und überwachen, gefährden und zerstören Demokratie und Freiheit. Und Geheimdienste, die in einem undurchsichtigen Netz von V-Leuten und obskuren Ermittlern mit dem rechten Terrormilieu verwoben sind, sind eine Schande für unsere Demokratie und Gesellschaft. Der Hessische Verfassungsschutz wurde völlig unverhältnismäßig aufgebläht. Wir wollen deshalb eine unmittelbare Kürzung der Mittel auf das Niveau von 2006. Die freiwerdenden Mittel sollen für Aktionsprogramme gegen Neo-Faschismus bereitgestellt werden.

Neofaschismus bekämpfen –
zivilgesellschaftliches Engagement fördern! **+2,2 Mio. Euro**

Hessen hat insbesondere im ländlichen Raum mit neo-faschistischen Strukturen und Gewalt zu kämpfen. Wir fordern seit Jahren, die notwendige anti-faschistische Bildungs- und Präventionsarbeit nicht vom Verfassungsschutz, sondern von zivilen Vereinen und Organisationen machen zu lassen. Denn anders als der Verfassungsschutz arbeiten diese demokratisch und transparent und sind nicht Teil der braunen Szene. Wir wollen deshalb die gekürzten Mittel des Verfassungsschutzes für ein Aktionsprogramm gegen Neo-Faschismus bereitstellen. Diese Fördermittel können mit Programmen des Bundes gekoppelt werden und Gruppen, Initiativen, Vereine und Projekte unterstützen, die sich der Jugendaus- und -weiterbildung, der Förderung von interkulturellen Begegnungen sowie dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Neo-Faschismus widmen.

Polizei ausbilden statt unqualifizierte Helfer anheuern! **–360.000 Euro**

Wird die Polizei gebraucht, dann erwarten Betroffene zu Recht schnelle und qualifizierte Hilfe. Statt aber den Personalbedarf der Polizei ausreichend zu decken, wurde der freiwillige Polizeidienst in Hessen eingeführt: Gering bezahlte „Stadtpolizisten“ werden nach einem Crashkurs in Uniform auf die Straße geschickt. Im Ernstfall sind sie weder qualifiziert noch legitimiert einzuschreiten, obwohl sie aussehen wie Polizisten. Wir wollen den freiwilligen Polizeidienst beenden und die freiwerdenden Mittel in die Polizeiausbildung investieren.

Überstunden und Belastung abbauen –
Polizeidienststellen im ländlichen Raum erhalten **+1,5 Mio. Euro**

Die Hessische Polizei hat starke Personalkürzungen in der Vergangenheit und hohe jahrgangsbedingte Abgänge in der Zukunft zu verkraften. Einzelne Dienststellen sind kaum noch zu besetzen, in der Zukunft sieht es eher noch schlechter aus. Wir wollen eine sofortige Erhöhung der Kapazität bei Anwärterinnen und Anwärtern von

400 auf 600 Stellen pro Jahr, damit innerhalb der nächsten Jahre ausreichend Personal in die Dienststellen kommt.

Faire Bezahlung und Arbeitszeiten im Öffentlichen Dienst! **+271 Mio. Euro**

Die hessischen Beamtinnen und Beamten haben mit 42 Wochenstunden die längste Wochenarbeitszeit und mit 67 Jahren auch die längste Lebensarbeitszeit in ganz Deutschland. Dennoch vollzieht die Landesregierung erneut Kürzungen bei ihrem Gehalt. Wir wollen die Arbeitszeit, wie in allen Bundesländern, auf 40 Stunden begrenzen und die Beamtinnen und Beamten im Jahr 2012 in gleichem Umfang am Tarifergebnis teilhaben lassen.

Konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels – menschenwürdige und gesunde Verpflegung im Strafvollzug **+4,8 Mio. Euro**

Ziel des Vollzugs von Freiheitsstrafen ist die Resozialisierung. Das bedeutet (Wieder)Eingliederung in die Gesellschaft. Grundvoraussetzung für eine gelingende Resozialisierung ist eine angemessene Behandlung und Unterbringung der inhaftierten Menschen. Für den Einkauf von Lebensmitteln werden in Hessen pro Inhaftierten je Hafttag 2,15 Euro ausgegeben. Eine vollwertige, den Erkenntnissen der modernen Ernährungslehre entsprechende Verpflegung ist damit nicht möglich. Wir fordern – als Beginn – eine Verdoppelung der für den Einkauf von Lebensmitteln zur Gefangenenverpflegung bereit gestellten Gelder.

Konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels – mehr Personal im Strafvollzug **+2,2 Mio. Euro**

Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene lernen, in sozialer Verantwortung ein Leben in Freiheit zu führen. Wirksame Resozialisierung setzt u.a. die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte voraus. Dies geschieht sowohl durch Besuche von Freunden und Familie sowie durch begleitetes Verlassen der JVA. Um dies in hinreichendem Maße zu ermöglichen, muss genügend Personal vor Ort sein. Die Mitarbeiter_innen des allgemeinen Vollzugsdienstes sind auch wichtige Ansprechpartner_innen für die Inhaftierten. Wir fordern 50 zusätzliche Stellen im allgemeinen Vollzugdienst, um die Situation der Inhaftierten zu verbessern und die Beschäftigten zu entlasten.

Rückverstaatlichung der privatisierten Dienste in der JVA Hünfeld **-5,5 Mio. Euro**

Der Vollzug von Freiheitsstrafen ist kein Geschäft und gehört deshalb nicht in die Hände privater Dienstleister. Strafvollzug ist eine hoheitliche Aufgabe, die von Staatsbediensteten ausgeführt werden muss. In Zukunft müssen Privatisierungen ausgeschlossen werden bzw. sind wieder rückgängig zu machen. Dienste, die in

privater Trägerschaft erbracht werden, sind auf das Land Hessen zurück zu übertragen und künftig wieder von Landesbediensteten zu erbringen. Wir fordern deshalb, die Mittel für die Betreibergesellschaft in der JVA Hünfeld aus dem Haushalt zu streichen.

Integration fördern – gleichberechtigte Teilhabe in Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit **+2,2 Mio. Euro**

Integration braucht einen systematischen zielgruppenorientierten Förderansatz. Einen ersten Schritt in diese Richtung macht die Landesregierung mit dem neu entwickelten Programm „Modellregion Integration“, das im Haushaltsjahr 2010 startete. Ausgewählt wurden jedoch nur vier Städte und zwei Landkreise von 17 Bewerbern – obwohl alle nach Feststellung des Ministeriums gleichermaßen erfolgversprechende Bewerbungen abgegeben hatten.
Um das Ziel Integration in Hessen durch gleichberechtigte Teilnahme an Bildung und Erwerbstätigkeit glaubwürdig umzusetzen, wollen wir, dass die bisher nicht bedachten elf Bewerber jetzt noch mit gleichen Möglichkeiten als „Modellregion Integration“ einsteigen können.

Sprachkurse für Flüchtlinge, Asylbewerber und Geduldete **+800.000 Euro**

Sprache und Bildung sind wichtig für erfolgreiche Integration. Doch nur unter bestimmten ausländerrechtlichen Voraussetzungen haben in Hessen lebende Flüchtlinge und Geduldete einen Anspruch auf Teilnahme an Deutschkursen. Um diese Menschen nicht vom Spracherwerb auszuschließen und wertvolle Zeit verstreichen zu lassen, die sie zum Spracherwerb nutzen können, fordern wir, den Bedarf an Sprachkursen zu decken und die nötigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Verstetigung der Angebote für präventive und gesundheitsfördernde Angebote - Landesmaßnahmen für die Einrichtung medizinischer Dolmetscherdienste **+500.000 Euro**

Menschen aus 195 Nationen fühlen sich in Hessen zu Hause. Aber nicht alle von ihnen verfügen über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse, wodurch das Wissen über das Gesundheitssystem oft gering ist. Die Angebote werden infolgedessen zu wenig wahrgenommen. Ein medizinkundiger Dolmetscherdienst ist an allen Krankenhäusern, besonders in der stationären Versorgung, nötig.

Im Überblick

Mehreinnahmen durch 100 zusätzliche Betriebsprüfer_innen	153.779.700 Euro
Gewässerschutzabgabe	85.000.000 Euro
Mehreinnahmen durch Reform der Erbschaftsteuer	599.000.000 Euro
Anhebung der Grunderwerbsteuer auf 5 Prozent	203.000.000 Euro
Wiedereinführung der Vermögensteuer	1.500.000.000Euro
Summe der Mehreinnahmen	***2.540.779.700 Euro***

Notwendige Mehrausgaben

Ministerium des Inneren und für Sport

Kompetenzzentrum Re-Kommunalisierung statt PPP	212.000 Euro
Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus	2.202.000 Euro
Verbesserung der Polizeiausbildung	1.548.900 Euro

Kultusministerium

Sofortmaßnahme zur kostenlosen Schüler_innenbeförderung	30.000.000 Euro
Verbesserung der Schulsozialarbeit	4.583.300 Euro
Zusätzlich 250 Schulpsycholog_innen	16.882.000 Euro
4500 Lehrer_innen	270.364.000 Euro
JEKI – „Jedem Kind ein Instrument“	1.600.000 Euro
2500 Lehrer_innen für Ganztagsangebote	168.820.000 Euro
Tatsächliche Lernmittelfreiheit sicherstellen	12.000.000 Euro
500 Lehrer_innen für Deutsch als Zweitsprache	25.000.000 Euro
Inklusive Beratungs- und Koordinationsstellen der LAG Hessen	1.200.000 Euro
Rücknahme der Kürzung bei Referendar_innen	29.984.800 Euro

Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Ausweitung der Modellregion Integration	2.240.000 Euro
Sprachkurse unabhängig vom Aufenthaltsstatus	800.000 Euro
Strafvollzug auf Resozialisierung ausrichten	2.163.600 Euro
Angemessene Gefangenenverpflegung sicherstellen	4.800.000 Euro

Ministerium der Finanzen

Verbesserung des Korruptionsschutzes	21.000.000 Euro

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Wirtschaftsförderungskonzept für Nordhessen	250.000 Euro

Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit . . . . . 260.000 Euro
Überbetriebliche Lehrgänge und Weiterbildung . . . . . 1.468.900 Euro
Programme zur Erstausbildung. . . . . 9.640.000 Euro
Radkurse für Erwachsene. . . . . 10.000 Euro
ÖPNV-Hessencard . . . . . .110.000.000 Euro
Radwegekampagne. . . . . 500.000 Euro
Soziale Stadt. . . . . 2.600.000 Euro
Lärmschutz verbessern. . . . . 10.000.000 Euro

Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit

Rücknahmen Operation Düstere Zukunft . . . . . 40.000.000 Euro
Aktive Arbeitsmarktpolitik . . . . . 108.000.000 Euro
Prävention sexuelle Gewalt. . . . . 1.000.000 Euro
Verbesserung der Qualitätsstandards in KiTas . . . . . 170.000.000 Euro
Ausbildung von Altenpflegekräften. . . . . 2.017.500 Euro
Schwangerenkonfliktberatung . . . . . 1.800.000 Euro
Gehörlosengeld. . . . . 1.402.000 Euro
Fonds Heimerziehung (Kommunen entlasten) . . . . . 1.184.000 Euro
Medizinischer Dolmetscherdienst . . . . . 500.000 Euro

Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Gebietsbezogene Überwachung
der Emissionen und Immissionen. . . . . 845.500 Euro
Natura 2000 . . . . . .3.100.000 Euro
Energie . . . . . 30.000.000 Euro
Pilotprojekt Klimaneutraler ÖPNV . . . . . 14.000.000 Euro
Förderung der Gewässergüte . . . . . 500.000 Euro
Reinhardswald . . . . . 6.000.000 Euro
HIAP . . . . . 12.000.000 Euro
Förderung des Verbraucherschutzes . . . . . 1.941.000 Euro
178 Stellen Waldarbeiter_innen, 100 Stellen Azubis im Hessenforst . . 7.040.000 Euro

Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Museums-, Ausstellungs- und Künstlerförderung
(Operation Düstere Zukunft). . . . . 650.000 Euro
Soziokultur, Regionale Kulturförderung und Internationales . . . . . 350.000 Euro
Förderung der sozialen Belange der Studierenden. . . . . 160.000.000 Euro

Allgemeine Finanzverwaltung

Rücknahme Konsolidierungsbeitrag 2011. . . . . 285.000.000 Euro

Rücknahme der Kürzung des KFA . . . . . 344.000.000 Euro
Rücknahme ÖPNV Kürzung. . . . . 20.000.000 Euro
Modernisierung von Abwasseranlagen . . . . . 46.000.000 Euro
Öffentliche Energieberater in den Kommunen . . . . . 2.000.000 Euro
Rückkehr zur 40-Stunden-Woche im Öffentlichen Dienst. . . . . 206.250.000 Euro
Ein-zu-Eins-Übernahme des Tarifvertrages auf die Beamten . . . . 65.000.000 Euro
600 zusätzliche Azubis im Landesdienst . . . . . 8.400.000 Euro

Summe der Mehrausgaben . . . . . .2.269.109.500 Euro

Machbare Einsparungen

Landesvertretung in Berlin . . . . . 3.698.200 Euro
Stiftung „Flughafen Frankfurt/Main für die Region“ . . . . . 2.800.000 Euro
Streichung des Regionalfonds Umwelthaus . . . . . 3.298.600 Euro
Einsparungen beim Verfassungsschutz . . . . . 2.202.200 Euro
Streichung des freiwilligen Polizeidienstes. . . . . 360.000 Euro
Re-Verstaatlichung JVA Hünfeld . . . . . 5.500.000 Euro
Streichung der Mittel für Kassel Calden . . . . . .48.857.600 Euro
Streichung der Mittel für das private ECAD . . . . . 200.000 Euro
Streichung der Mittel für das private AIM. . . . . 300.000 Euro
Einsparungen im Bereich PPP. . . . . .5.212.000 Euro
EBS . . . . . 3.896.000 Euro

Summe der Einsparungen . . . . . 76.324.600 Euro

Ergebnis . . . . . +347.994.800 Euro

Quellenangaben

1. Umschlagseite © Fabien Nexon; www.fotolia.com

Seite 5 DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

Seite 15 © moodboard; www.fotolia.com

Seite 19 © Marcel Schauer; www.fotolia.com

Seite 20 © Agentur für Erneuerbare Energien

Seite 22 © Uwe Wittbrock; www.fotolia.com

Seite 24 © John; www.fotolia.com

Seite 25 © DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

Seite 27 © 47media; www.fotolia.com

Abb. 1 Eigene Darstellung auf Basis von: Antwort auf Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag zu Armut und Arbeitslosigkeit in Hessen (2005 - 2009) Auskünfte der Bundesagentur für Arbeit (2010)

Abb. 3 Die zu erwartenden Folgen des Hessischen Hochschulpaktes 2010 – 2015, Eigene Darstellung und Berechnung

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1 – 3
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611-350 60 90
Fax: 0611-350 60 91
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG